

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS  
**Band:** 102 (2005)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Auftakt

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Edinburgh: Eine Konferenz widmet sich dem Sozialwesen

Anfang Juli haben sich Fachleute und Politikerinnen in Edinburgh zur 13. Europäischen Konferenz des Sozialwesens getroffen. Dabei diskutierten sie unter anderem den Nachholbedarf im Bereich der Forschung.

Parallel zum G8-Gipfel in Gleneagles hat vom 4. bis zum 6. Juli ebenfalls in Schottland die 13. Europäische Konferenz des Sozialwesens stattgefunden. Gleichzeitig demonstrierten G8-Kritiker unter dem Slogan «make poverty history». Auch wenn dieses Ziel weltweit noch in weiter Ferne liegt, hätte auch die Konferenz diesen Slogan auf ihre Fahnen schreiben können. Sie tagte unter dem Titel «zuerst kommt der Mensch: Mitbeteiligung und Leistung in den öffentlichen Gesundheits- und Sozialdiensten in einem sich wandelnden Europa». Man kann sich natürlich fragen, weshalb man es zu betonen braucht, dass der Mensch im Mittelpunkt steht – und nicht etwa die Finanzen.

Auch die SKOS war an dieser Tagung vertreten. Präsident Walter Schmid referierte über die zukünftige Ausbildung von Fachpersonen im Sozialbereich. Der Präsident der Kommission RIP Michael Hohn bestritt zusammen mit Ernst Sched-

ler, Leiter der sozialen Dienste der Stadt Winterthur, einen Workshop. Dieser war der Präsentation der neuen SKOS-Richtlinien gewidmet. Die Diskussion zeigte, dass in anderen europäischen Staaten ähnliche Entwicklungen in Zusammenhang mit Anreizsystemen zu beobachten sind wie in der Schweiz.

Neben vielen anderen Referenten sprach die dänische stellvertretende Staatssekretärin Grethe Buss zum Thema «die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen in einer sich wandelnden nordischen Gesellschaft». Sie verwendete den Begriff der «flexicurity» und meinte dabei die Notwendigkeit des Zusammenfallens von Flexibilität und (sozialer) Sicherung (security) vor allem auf die Arbeitsmärkte bezogen. Der internationale Vergleich zeigt, dass bei immer noch gleich hoher Arbeitslosigkeit die Integration in den (ersten) Arbeitsmarkt als Lösung vieler sozialer Probleme betrachtet wird. Ob eine auch nur annähernde Vollbeschäftigung je wieder erreicht werden kann, oder ob andere (Integrations-) Massnahmen stärker in den Vordergrund gerückt werden müssen, bleibt eine offene Frage. Auch andere «nordische» Sozialziele wie Gleich-

behandlung, soziale Solidarität, Sicherung für alle und Gleichstellung von Frauen und Männern wurden genannt. Die Finanzpolitik setzt der Verwirklichung dieser Ziele aber Grenzen.

Ein Workshop war dem Thema «Einbindung europäischer Jugendlicher in die Sozialpflege und die Jugendgerichtsbarkeit» gewidmet. Dabei ging es um die Präsentation eines europäischen Jugendprojektes ([www.ensayouth.cjsw.ac.uk](http://www.ensayouth.cjsw.ac.uk)), an dem die vier Länder Finnland, Italien, Schottland und Schweden teilnehmen. Das Ziel ist, europäische Strukturen für Vergleichsstudien im sozialen Bereich, für vergleichende Methoden und für die Förderung der Forschung im Bereich der sozialen und individuellen Wohlfahrt zu entwickeln. Hier wurde einmal mehr festgestellt, dass «we don't know what really works», dass wir also in grossen Teilen des Sozialbereichs noch immer nicht genau wissen, welche Methoden wirklich funktionieren. Es bleibt also nicht nur in der Schweiz, sondern auch auf europäischer Ebene viel zu tun – vor allem auch in der Forschung. Denn es mangelt noch an Gewissheit, dass die in die Wege geleiteten Politiken auch zu den gewünschten Resultaten führen. (ute)

Infos: [www.socialeurope.com](http://www.socialeurope.com)

## Städte vergleichen die Fallzahlen

Bereits zum sechsten Mal haben neun Schweizer Städte Kennzahlen zur Sozialhilfe veröffentlicht. Ein kurzer Überblick.

Im Jahr 2004 sind die Fallzahlen – wie bereits im Vorjahr – in den meisten Städten markant angestiegen. So erhöhten sich die kumulativ gezählten Fälle im Kalenderjahr in Zürich (+ 12.4 Prozent), Basel (+ 14.6) und Winterthur (+ 11.2) erneut um mehr als 10 Prozent. Auch Uster (+ 8.9) verzeichnete nochmals einen kräftigen Anstieg. In Bern (+ 5.4), St. Gallen (+ 6.6) und

Luzern (+ 7.6) sind die Fälle seit Beginn des Städtevergleichs im Jahr 1999 noch nie so stark angestiegen, auch wenn die Zunahmen im Vergleich zu den Erstgenannten eher moderater sind. Entgegen dem Trend verläuft die Entwicklung in Frauenfeld (eine Abnahme von 4.7 Prozent) und in der Tendenz in Schaffhausen (+ 1.1). Diese Zahlen resultieren aus dem Kennzahlenbericht, der von der Städteinitiative Sozialpolitik in Auftrag gegeben wurde.

Insgesamt kann die längerfristige Entwicklung folgendermassen

zusammengefasst werden: In allen Städten sind die Fallzahlen in den letzten Jahren gestiegen. In den beiden grössten Städten (Basel, Zürich) und im Kanton Zürich allgemein (Zürich, Winterthur, Uster) ist die Fallzunahme in den letzten Jahren jedoch deutlich stärker ausgefallen als in den übrigen Städten und Regionen. Der zaghafte konjunkturelle Aufschwung seit 2003 konnte keine Trendwende herbeiführen.

80 bis 90 Prozent aller Fälle können den Haushaltstypen «Ein-Personen-Fälle» und «allein erziehend» zugeordnet werden. In St. Gallen, Luzern, Basel und Frauenfeld liegen die Anteile der Ein-Personen-

Fälle am höchsten, in Winterthur und Schaffhausen – mit traditionell vielen Familien – am tiefsten. Der Anteil der allein Erziehenden ist in den beiden grössten Städten (Zürich und Basel) am kleinsten. Der Anteil der Familien mit Kindern ist zwar nicht sehr hoch, er hat jedoch in den grösseren Städten deutlich zugenommen.

Die altersgruppenspezifische Sozialhilfequote ist bei den Kindern und Jugendlichen in allen Städten mit Abstand am höchsten; sie ist rund doppelt so hoch wie die Sozialhilfequote insgesamt. Am eindrücklichsten ist die Quote in Basel: Jedes siebte Kind ist in Basel im Laufe eines Jahres zusammen mit seiner Familie auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Hoch liegt die Quote auch bei den 18–25-jährigen Personen, insbesondere in den Städten Basel und Zürich. Die Quoten machen deutlich, dass das Sozialhilferisiko in St. Gallen deutlich höher ist als in Bern oder Winterthur, obwohl diese beiden Städte deutlich grösser sind.

Der ausführliche Kennzahlenbericht sowie ein Positionspapier der Städteinitiative Sozialpolitik zu den jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe können unter [www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch) heruntergeladen werden.

**Renate Salzgeber**  
sofrag – Büro für  
sozialpolitische Fragen

Siehe auch S. 32: «Den Risiken auf der Spur»



Am stärksten betroffen: allein Erziehende und allein Lebende.

Bild: Keystone

## Die ZeSo ist praktisch

Sie halten bereits die vierte Nummer der neuen ZeSo in den Händen. Zwei wichtige Ereignisse haben die Zeit seit dem Erscheinen der neuen ZeSo geprägt: Die Publikation der neuen SKOS-Richtlinien und der Jubiläumsanlass zum hundertjährigen Bestehen des Verbandes, auf den wir in dieser Nummer «bildlich» zurückkommen. Auch wenn wir von jetzt an einer etwas ruhigeren Phase entgegenblicken – zumindest hoffen wir das – heißt das nicht, dass wir uns nach getaner Arbeit getrost zurücklehnen. Mit andern Worten: Wir entwickeln die ZeSo weiter.

Sie finden in dieser Ausgabe zwei neue Rubriken. In der ersten Serie «Neue SKOS-Richtlinien» berichten wir konkret darüber, wie in den Kantonen und den Gemeinden die neuen Sozialhilfennormen umgesetzt werden; dieses Mal im Kanton Luzern. Aufgrund der neuen Handlungsspielräume ist es von besonderem Interesse zu erfahren, wie diese Spielräume ausgefüllt werden. Sie könnten vielleicht auch Ihnen zu weiteren Ideen verhelfen. Wir möchten Sie deshalb auffordern, uns Ihre eigenen Lösungsansätze mitzuteilen, ja bestenfalls in einer der nächsten Nummern der ZeSo die Rubrik «Neue SKOS-Richtlinien» selbst zu gestalten.

Die zweite neue Serie «Praxis» bestand bereits in der alten ZeSo und wurde unseres Wissens geschätzt. Trotz Neuerungen möchten wir diese Tradition nicht aufgeben. Die Rubrik stützt sich auf die «SKOS-Line», unseren elektronischen Frage- und Antwortdienst, wo Fachleute ihre Fragen zu den Richtlinien einbringen können. Die «SKOS-Line» wird von zwei ausgewiesenen Fachleuten betreut, die auf die Unterstützung von weiteren Fachpersonen zählen können.

Praxis aber noch in einem weiteren Sinne: Die ZeSo möchte die Leserinnen und Leser ganz «praktisch» in die Debatte miteinbeziehen. Dazu fehlen in dieser Nummer die Themen sicher nicht: Unter der Rubrik «Impuls» liefert die deutsche Autorin Gabriele Gillen eine messerscharfe Analyse der Machtverhältnisse in der Marktgemeinschaft. Und auf Seite 33 äussert sich die Zürcher Stadträtin Monika Stocker zu den umstrittenen 1000-Franken-Jobs. Ihre Meinung interessiert uns. Schreiben Sie an [zeso@skos.ch](mailto:zeso@skos.ch) – wir veröffentlichen Ihren Diskussionsbeitrag gerne.

**Ueli Tecklenburg**  
Geschäftsführer SKOS